

Kammerer Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Nr. 39

Mittwoch, den 15. Februar 1922

50. Jahrgang

Reichstag.

(Sitzung vom 14. Februar)

Zu Beginn der Dienstagssitzung im Reichstag gedachte Präsident Ebbes des verstorbenen demokratischen Abgeordneten Konrad Haugmann, der 30 Jahre dem Hause, eine Zeitlang auch als Abgeordneter angehört hatte. Der Präsident erwähnte die Mitarbeit des Verstorbenen an der Verfassung und teilte mit, daß der Reichspräsident im Namen des Reichstages einen Kranz an der Bahre des Entschlafenen niedergelegt hat. Ein Dutzend kleine Anfragen beschäftigten dann das Haus. Die Behauptung der unabhängigen Sozialisten, daß Altentwürfe, die auf ein Gesetz des Generals von Bülow im Zusammenhang der Reichspensionierung Bezug haben, verschwunden seien, wurde als unrichtig zurückgewiesen. Die ganze Angelegenheit unterliegt noch der Prüfung. Die kürzlichste Not der Wolgadeutschen wurde in einer Anfrage des Abg. Wulle (D.M.) gekennzeichnet, der die Einreiseerlaubnis für 4000 Wolgadeutschen forderte. Die Regierung ließ erklären, daß der Wohnungsmangel den Zugang von Ausländern unerwünscht mache. Eine Anfrage des Abg. Strammann (D.M.) betraf eine Zeitungsangelegenheit, in der wöchentlich 5 bis 6000 Eier zur Herstellung von Eierkognat geschickt werden. Auch in Bayern sollen Eier für diesen Zweck in großer Menge ausgekauft werden. Von der Regierung wurde mitgeteilt, daß die meisten Eier zur Herstellung des Eierkognats aus China kommen. Von den in Deutschland erzeugten sechs Milliarden Stück Eiern jährlich werden nur wenige zu Eierkognat verwendet. Sollte sich hier ein Nachteil für die Volksernährung herausstellen, so würde ein Verbot der Eierverwendung zur Schnabberzeugung erzwungen werden. Bemerkenswert war das Zustandekommen des Schahamtes, daß eine Schahin die erste Altentengelfest und eine Kaiserin die zweite Altentengelfest gefeiert werden soll, um die Arbeiter der Reichsbekleidungswerke weiter zu beschäftigen.

Das Reichsmietengesetz.

Durch die Vorlage wird der Begriff der gesetzlichen Miete eingeführt. Bei Berechnung der gesetzlichen Miete wird von den Friedensmieten ausgegangen, d. h. von dem Mietzins, der für die am 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit vereinbart war. Der in der Friedensmiete für Betriebs- und Instandhaltungskosten enthaltene Betrag ist abzuziehen. Das gleiche gilt für Vergütungen, die in der Friedensmiete für Heizstoffe, für Sammelheizungen oder Warmwasserbereitungen usw. enthalten sind. Die oberste Landesbehörde hat für die abzurechnenden Beträge Hunderterteile für Friedensmieten festzusetzen. Der sich nach Wegzug dieser Hunderterteile ergebende Betrag bildet die Grundmiete. Bei Streitigkeiten entscheidet das Mietseignungsamt. Bei Bauten, deren Fertigstellung in der Zeit vom 1. Juli 1914 bis zum 30. Juni 1918 erfolgte, hat das Mietseignungsamt die Friedensmiete in der Höhe festzusetzen, welche den gegen die Friedensmiete erhöhten Wankosten entspricht. Zu der Grundmiete treten Zuschläge für 1. die Steigerung der Mieten einer in der Vorkriegszeit vorhandenen Belastung des damaligen Grundstückswertes, soweit die Belastung in dem Betrag, für den der Zuschlag festgesetzt wird, allgemein üblich war, und die Kosten für die Erneuerung dieser Belastung; 2. die Betriebskosten; 3. die Kosten für laufende Instandhaltungsarbeiten. Betriebskosten sind für das Haus zu entrichtende Steuern, öffentliche Abgaben, Verbesserungsgebühren, die Kosten für die eigene und fremde Verwaltungstätigkeit usw. Als laufende Instandhaltungsarbeiten gelten nicht die vollständige Erneuerung der Dachrinnen und Ablaufrohre, das Umbauen des Hauses, der Abzug oder Anstrich des Hauses im Inneren, der Anstrich des ganzen Treppenhauses im Inneren, die Erneuerung der Heizanlagen. Zur Schaffung der Mittel für diese Instandhaltungsarbeiten ist von den Mietern ein weiterer Betrag in einem Hunderterteil nach der Grundmiete zu zahlen, der von der obersten Landesbehörde festzusetzen ist. Die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizungen und Warmwasserbereitungen sind getrennt von der gesetzlichen Miete zu berechnen.

In der Aussprache traten weitgehende Gegenstände auf. Während der demokratische Gutachten die Vorlage ablehnte, weil sie das Selbstbestimmungsrecht der Hausbesitzer vernichte, forderte der Sozialist Silberstein eine Erweiterung der Mieterrechte. Der Zentrumsgesandte Schäfer suchte die Vorlage aus dem volkswirtschaftlichen Standpunkt zu erklären, während der Deutsche Volksparteiler Heythum aus seinen schweren Bedenken keinen Hehl machte. Der Unabhängige Kuhn forderte schärfste Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel. — Darauf wurde die Beratung abgebrochen. Sie soll am Mittwoch fortgesetzt werden. Am gleichen Tage soll

Der preußische Landtag

nach längerer Pause am Dienstag seine Vollkammer wieder auf. Die Vollversammlung hatten sich, nachdem der Eisenbahnerstreik wieder beigelegt ist, ziemlich zahlreich zur Sitzung eingefunden. Die Angelegenheiten der Eisenbahnerstreik, die auf der Tagesordnung standen, wurden einem Beschlusse des Reichstages entsprechend abgesetzt. Darob Entscheidung bei den Kommunisten und Unabhängigen. Auch die Verantwortung der kleinen Anfrage der Kommunisten, ob die von der Berliner Polizei verhafteten angeblichen Mitglieder des schlesischen spanischen Ministerpräsidenten Dato ausgelassen werden sollen, daß eine Antwort noch nicht erteilt werden könne, erregte den Unwillen der Angehörigen. Schließlich kam man zum Bewußtsein der Besprechung der großen Anfragen und Entwürfe über die Not der Gemeinden. Für die Sozialdemokraten sprach der frühere Ministerpräsident Sieck. Er wies die Angriffe auf die Erzbergerische Steuerreform zurück und legte den Schwerpunkt auf die neuen Aufgaben, die den Gemeinden nach 1914 geworden waren. Auch er war für eine Reform des kommunalen Abgabensystems und stellte für seine Partei eine Abgabe von Sparanleihegebühren gegenüber der demnach zur Beratung stehenden Reform der Gemeinden und Städteverfassung in Aussicht. Für das Zentrum sprach Abg. Sprengel, für die Demokratischen die Abg. Martell. Letzterer sprach gegen die Erzbergerische Steuerreform und gegen die Steuerbestimmungen der Reichsverfassung, die die Länder und Gemeinden zu Lasten des Reiches in finanzieller Beziehung gemacht haben. Danach vertagte sich das Haus auf Mittwoch.

Bildung einer großen Koalition?

(TU) Die gestern abend abgehaltenen Fraktionskathungen der D. Vp. wie auch der Sozialdemokraten haben einige neue Gesichtspunkte ergeben. Es sind neue Verhandlungen über die Bildung einer großen Koalition eingeleitet worden, der aber vorerst noch die Sozialdemokraten, wie auch die D. Vp. ablehnend gegenüberstehen. Die Fraktionskathungen der Sozialdemokraten hat gestern außerdem beschlossen, bei der heutigen Abstimmung über das Vertrauensvotum ihre Stimmen für dieses nur abzugeben, ohne damit aber am Schluß ihrer Erklärung auf die große Koalition einzugehen.

Der „Zeit“ zufolge kam die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nach langer Beratung zu dem Ergebnis, daß vorläufig für die Deutsche Volkspartei noch keine Möglichkeit bestehe, zu den Fragen Stellung zu nehmen, die in den interfraktionellen Besprechungen aufgeworfen wurden. (Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition usw.) Sie sei der Ansicht, daß es zunächst Aufgabe der sozialdemokratischen Partei sein werde, sich über die Frage der großen Koalition zu entscheiden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern folgenden Beschlusse gefaßt: 1. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird bei der morgigen Abstimmung alle ihre Stimmen für die vom Reichstagspräsidenten angenommene Erklärung abgeben. 2. Sie ist nicht in der Lage, das Ergebnis dieser Abstimmung zu beeinflussen durch irgend welche Zusagen bezüglich ihrer Beteiligung an einer sogenannten großen Koalition.

Der „Freiheit“ zufolge hat die Fraktion der Unabhängigen beschlossen, gegen den Antrag zu stimmen: „Der Reichstag billigt die Erklärungen des Reichstagspräsidenten“. Infolgedessen werde dem Reichstag von den Regierungsparteien ein anderer Antrag vorgelegt werden müssen. Dann werde die Fraktion der Unabhängigen erneut Stellung nehmen und es ist dabei für die Entscheidungen der Fraktion von Bedeutung, ob Garantien und Sicherheiten gegen die Maßregelungen gegen die Beamten und Arbeiter aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks gegeben werden, um den Unabhängigen zu ermöglichen, für ein Vertrauensvotum zu stimmen oder sich wenigstens der Abstimmung zu enthalten, um so eine ausreichende Mehrheit für das Kabinett Birtz zu erzielen. Wird den Vätern zufolge innerhalb der Regierungsparteien erhoben, den Vertrauensantrag möglichst so abzuändern, daß er sich nicht lediglich auf die Regierungserklärung über den Eisenbahnerstreik bezieht, sondern auch die gesamte auswärtige Politik der Regierung, die auch von den Unabhängigen gebilligt wird, billigt. — Laut „Voss. Ztg.“ wird sich die heutige Reichstagskathung nicht lediglich auf die Abstimmung beschränken, sondern Reichstagspräsident Birtz wird vor der Abstimmung nochmals das Wort ergreifen, um eine Debatte zu ermöglichen. Es soll damit den Regierungsparteien die Möglichkeit gegeben werden, die Anträge zurückzugeben und neu zu formulieren.

Abgeordneter Dr. Gildemeister über das volksparteiliche Misstrauensvotum.

(TU) Der Landesverband Hamburg der Deutschen Volkspartei veranstaltete Montag eine

große öffentliche Kundgebung. Reichstagsabgeordneter Dr. Gildemeister, Bremen, sprach über das Thema: „Wohin führen wir?“ Das deutsche Staatschiff sei durchwühlt von Unruhen. Die Fühlung des Schiffes in den Schwerkraften nicht gewachsen, weder hinsichtlich der inneren noch der äußeren Politik. Darum sei die Deutsche Volkspartei unzufrieden mit der Regierung und habe deshalb das Misstrauensvotum eingebracht, denn nur dann, wenn sich ein einheitlicher nationaler Geist im deutschen Volke entwickle, sei ein Abwehrkampf unseres Volkes möglich.

Französisch-russisches Abkommen gegen Deutschland.

(TU) Zwischen dem Vertreter der Sowjetregierung in Paris und der französischen Regierung ist ein russisch-französischer Vorvertrag zustande gekommen, in welchem die Sowjetregierung die russischen Kriegs- und Vorkriegsschulden an Frankreich anerkennt. Frankreich erkennt dafür die jure die Sowjetregierung an und gewährt ihr für den Wiederaufbau ihres Landes eine weitgehende Wirtschaftshilfe. Das Abkommen betrifft zwei Hauptgegenstände. Einmal soll die Sowjetregierung verpflichtet, für die im Friedensvertrage von Versailles den Alliierten Entente Staaten zugesicherten Verpflichtungen auf Wiederherstellung (Reparationen) die Erfüllungsgewalt Frankreich zu übertragen. Frankreich sichert auf Grund dieses Abkommens Rußland die Lieferung von Sachwerten in Höhe von 300 Millionen Goldfranken an Deutschland zu. Rußland ist dadurch in die Lage versetzt, ohne die Ausgabe von Gold oder Sachwerten sein Land auf Kosten Deutschlands wieder aufzubauen. Dafür erkennt Rußland im Grundsatz die Berechtigung Frankreichs auf die Zahlung der Kriegs- und Vorkriegsschulden in Höhe von 20 Milliarden Goldfranken an. — Das bedeutet, daß Rußland in vollständige politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von Frankreich gelangt, und daß in folgedessen Frankreich sich ein Vetorecht auf alle von Rußland zu vergebenden Konfessionen (König kann. Frankreich hat sich damit eine wirtschaftliche Vorrecht von einer Tragweite geöffnet, die in der Welt einzig dasteht, und Frankreich hat damit für die Konferenz von Genoa für sich eine Plattform geschaffen, die eine entscheidende Beeinflussung der Weltpolitik durch Genoa im Sinne der allmählichen Ueberbrückung der wirtschaftlichen Gegensätze und des normalen Wiederaufbaus Europas und der Völkerverbündung endgültig ausschaltet.

Zu dem russisch-französischen Vertrag auf Kosten Deutschlands schreibt der „Berliner Volkszeitung“: „Zugestanden wäre es sowohl Herrn Poincaré, wie auch der Sowjetregierung, daß sie sich in so unerhörter Weise auf Kosten des mehrfachen Deutschlands Vorteile sichern. Jedenfalls bleibt der Vorvertrag ohne praktische Bedeutung (2), solange nicht auch die übrigen Staaten ihm ihre Zustimmung gegeben haben, und es ist wohl kaum anzunehmen, daß irgend eine Macht von diesem neuen französisch-russischen Vertrage sonderlich entzückt sein wird.“

Italien gegen die Vertagung der Genueser Konferenz.

(TU) An maßgebender Stelle wird berichtet, die italienische Regierung denke gar nicht daran, das für die Konferenz von Genoa festgesetzte Datum abzuändern. Hierzu sei eine Vereinbarung unter den Mächten notwendig, welche die Konferenz gemeinsam einberufen haben. Bisher hat aber Italien von keiner Seite eine derartige Anregung erhalten. Die italienische Regierung hält also an dem Bestehen am 8. März unverändert fest. Hingegen hat die italienische Regierung die Regierungen der verbündeten Mächte dringend gebeten, die Zusammenkunft der Schatzminister, welche die letzten Vorschläge in der Reparationsfrage behandeln soll, bis zur Vertagung der Parlamentssitzung zu verschieben, da bis dahin kein italienischer Minister in der Lage sei, sich von Rom zu entfernen.

Das bewaffnete Lager Europa.

(TU) In der Sitzung des amerikanischen Senats hielt der Senator Mac Cormack eine in den schärfsten Ausdrücken gehaltene Kampfsprache gegen den europäischen Militarismus. Er betonte, daß der Völkerverbund, der geschlossen worden sei, um den Völkern Frieden zu fördern, lediglich auf eine Verhinderung des Kontinents vollständig verlegt habe. Heute sind über

zwei Millionen Mann in bewaffneten Lagern in einem nahen Umkreis um die Hauptstadt des Völkerverbundes versammelt. Der Völkerverbund ist ein Scheitern bei der Lösung der europäischen Frage. Der Völkerverbund ist ein Scheitern bei der Lösung der europäischen Frage. Die Lösung der europäischen Frage, Wiederherstellung des europäischen Friedens und Sanierung des europäischen Staatensystems. Die Vereinigten Staaten sind entschlossen, keine Mac Cormack weiter, europäischen Ländern, die sich nicht bereit finden, ihre Landheere abzurufen, keine Kreditgespräche mehr zu machen.

Tagesereignisse.

— (30 Verhaftungen in Oberschlesien.) Der „Berl. Vol.-Anz.“ bringt aus Katowitz die Meldung, daß die Internationale Kommission anlässlich der Petersburger Zwischenfälle dreißig Personen verhaftet ließ, so u. a. den Oberregierungsrat Rosenthal, den Oberbergat Weber und den Direktor der Hüttenwerke, Herold. Das Blatt betont, daß bisher eine Verhaftung dieser Meldung nicht zu erlangen war.

— (Stadtbefehl gegen Schul- und Zirkel.) Wie das „Völkerverbundblatt“ meldet, hat die Budapester Oberlandeshauptmannschaft auf Ansuchen des Offenburger Landgerichts einen Stadtbefehl gegen die der Ermordung Erzbergers Beschuldigten, und zwar gegen Schul- und Zirkel, erlassen. Das Blatt fügt hinzu, daß zur Aufklärung der Genannten auch deutsche Geheimpolizisten verwendet werden, da sich Anhaltspunkte ergeben hätten, daß sich die beiden in Budapest aufhielten.

— (Das Viermächte-Abkommen vor dem amerikanischen Senat.) Die Senatskommission für Auswärtiges in Washington hat die Verhandlung des Vertrages von Washington begonnen. Die Senatoren Hughes, Borah und Rangelow haben verschiedene Fragen aufgeworfen, so u. a. die, ob der Vertrag vorsehe, daß die amerikanische Armee zur Beobachtung des Vertrages einzusetzen sei. Die Erörterungen der Senatskommission werden mindestens zwei Wochen in Anspruch nehmen. Die nächste Versammlung findet am Donnerstag statt. In der Kommission herrscht größte Aufmerksamkeit.

— (Volkswirtschaftliche Pländerungen.) 500 Volkswirtschaften überschritten dieser Tage in Lappland die Grenze, beraubten die Fortbewahrung um 100 000 Mark und nahmen Pferde und Lebensmittel fort. Sie erzielten dann Verhaftungen durch einheimische Volkswirtschaften und plünderten mit ihnen zwei Dörfer sowie eine schwedische Fabrik. Die Regierung beorderte ein Schutzkorps gegen die Plünderer und protestierte in Moskau. Die Plünderer haben Mitleid genommen und halten nur wenige Dörfer gegenüber den Volkswirtschaften. Sie werden von einem russischen Flugzeug beschossen. Der Plünderungsstrom ist auf über 10 000 Menschen angewachsen.

— (Chinas innere Zerkleinerung.) Die chinesische Telegraphenagentur meldet aus Shanghai unter dem 6. Februar, daß der Ausbruch des Bürgerkrieges zwischen General Wu-peifu, dem liberalen Führer in Tschü, und dem Marschall Tchang-tai in Nankin, nicht bevorsteht. Beide waren auf einen günstigen Augenblick um loszuschlagen zu können. Der Gouverneur von Nankin hat noch 30 000 Mann nach Peking geschickt, wo jetzt 80 000 Mann stehen. General Wu-peifu hat die Zusammenziehung seiner Truppen beendet. Am 5. fanden noch Verhandlungen der beiden Parteien statt.

— (Graf Berchtesgaden für die Reichseinheit.) In einer vor einigen Tagen in Bad Neichenhall anlässlich einer Versammlung der bayerischen Volkspartei gehaltenen Rede sagte Ministerpräsident Graf Berchtesgaden u. a., daß die französische Rheinlandpolitik, die über das Maß der Reparationen hinausgehe, leider von manchen Deutschen unterstützt werde. Demgegenüber müßten alle Deutschen den Gedanken der Reichseinheit hochhalten. Zur Reparationsfrage bemerkte Graf Berchtesgaden, daß ein neuer Weg der Verständigung eröffnet worden sei. Der jetzige Außenminister Dr. Rathenau habe die Verhandlungen erfolgreich eingeleitet, und ihm jetzt in den Händen fallen, da er nach Genoa geht, sei unpolitisch.

— (Die bayerischen Postbeamten gegen Giesberts.) Die deutsche Postgenossenschaft, die Vereinigung der Post- und Telegraphenbeamten Bayerns und Württembergs, setzt ihren Kampf gegen den Reichspostminister Giesberts fort und fordert wiederum in der soeben erschienenen Nummer ihres Verbandsorgans den Austritt Giesberts.

— (Gegensatz zur Main-Kanalisation.) Dem Preussischen Landtag ist ein Gegenentwurf zugegangen, durch den die Staatsregierung ermächtigt werden soll, den Ausbau der durch die Mainkanalisation entstehenden Staustufen bei Weimar, Kassel und Gochs-Winkelburg zur Gewinnung elektrischer Energiequellen weiter auszuweiten. Zur Deckung der Baukosten der im Bau befindlichen Anlagen sind 44 Millionen Mark erforderlich.

Nr. 39.

Wits Feuille

Unterhaltungs-Beilage
der Kamener Zeitung für Stadt und Land

Unterhaltungs-Beilage

Die Pelzkönigin.

Original-Roman von Svedvig Courthas-Mahler.

Aus der Jugendzeit, aus der Jugendzeit
 schlingt ein Lied mir immerdar.
 O wie liegt so weit, o wie liegt so weit,
 Was mein einst war.

Um Brunnen vor dem Tore,
Da steht ein Lindenbaum.

Auch das Lied sang sie mit feinem Verständniß und einer Herzgenüthe, die man dem übermüthigen Kinde nicht zugetraut hätte.

Und seine Zwerge tauschten,
 er selbst mit mir zu:

Stomn her zu mir Geselle,
Gier find'st du deine Ruh.

Salten erlös fließ leise und trat aus dem
Schiffsteils der Lampe händel an des Fenster,
womit er seine Erregung nicht länger beugen
konnte. Ahnend sah ihn mit großen Augen
an, und in diesen Augen lag etwas, das
ihm selber an denken gab. Das war nicht
mehr sein heillos befehle stand. Ihre Augen
beobachteten, daß ihre Worte erweichen sollte. Und
daß sie dies that bemerkt hatte, sagte er schnell:

„Nun oder ein besseres Lied, Wirt, sonst verfallt unser Gast in eine trauige Stimmung.“
Da schrak sie auf. Sie athmete tief und lächelnde Gasten zu.

„Vater hat recht — ich hätte diese feurigen
Glieder nicht singen lassen. Aber mir schadet das

[illegible]

Garau dachte nach.

„Gutlich — es fällt mir jetzt erst auf, daß
an diese Etüde einen ungewöhnlichen Zusatz haben.
Wer. Gatten, helfen Sie uns, ein bettere? Boile-

Esken sagte sich mühsam Er zwang seine

„Ja wahrlich — es scheint, als wäre es
Ordnung wieder.“



General Dewet †.

Wie lang alle Werke dieses Kitz mit ihren
ihnen, süßen Stimme, einem wolken, Flaren
ausgesprochen, der hauptsächlich in den Klein
bewegend flieg.

o du Geinatlir — o du Seinatflur,
 sag in deinen k-ltgen Raum
 Mich noch einmal nur — mich noch einmal nur
 Hütstle, im Traum.

Die beiden Männer saßen schweigend und
 Jesse verlang das Geld.

in sich mit brennendem Augen an. Und in

Mancherlei.

Ausführung für Deutschland in Rumänien. Deutsche Vollkommungen in Rumänien werden Tag für Tag mit einer großen Anzahl von Anstellungsgesuchen reichlicher Zieltenüber aus allen Zweigen des Wirtschaftslebens bedacht. Bei der Schwierigkeit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Rumänien sind deutsche Anstellungsgesuchende keineswegs in der Lage zu erfüllen und daher völlig amokos. Auswärtige haben die besten Chancen, Anstellungen zu erhalten. Die deutsche Wirtschaft ist durch die Vorkriegszeit sehr geschwächt worden und die Rumänen haben die besten Chancen, Anstellungen zu erhalten. Die deutsche Wirtschaft ist durch die Vorkriegszeit sehr geschwächt worden und die Rumänen haben die besten Chancen, Anstellungen zu erhalten.

— Als erster weiblicher Meßföhrer ist Fräul. Margarete Mahrmund, Tochter eines Amtsgerichtsrats in Minden, an das Amtsgericht Kassel berufen worden.

— Die brave Antwort eines deutschen Jungen. Der „Sartreismus“ erntet bei Sartrebrüdern „Grosfahndelle“ folgende allerhöchste wahre Gefüghe: „Kam da ein fremdsprachiges Auto den Trillerweg (in Garsbrunn) herunter. Ein Garsbrunner Bub, der freizeitsvergnügt an einer Garsbrunner Tante, hielt diese die fings in seine Hochschäde, wie das Auto biest, daß ihm war. Der Schallge bemerkt dies, läßt horten und durch seinen Gharf fragen, warum er dies tat. „Ich laß's (sage mir), war die kändige Antwort des Garsbrunners. Er die kündigt auf einen 50-Mark-Schein handelte das Gemit des Glands zu sein. „Arrede ich se dann auch wittig?“ „Natürlich.“ Er erzählt die 50 Mark, stellt die kühnheit in die Tasche zur Garsbrunner und brüht: „Soll ich's lahn? Et, wie ich Gess gefehn kann, ist mer der Gpöpet verungung.“ Sprachs und verurteilt scheinlich. — Dieser Bub ist 1935 abblumungsverpflicht; er und seine Garsbrunnerkist vergangen!

— Nach sechsjähriger Stricksesselfangenschaft im Gefängnis ist in Gestalt der Sohn der Frau Ende, Nottmann, mit fünfzig Jahren, seit Ende August aus der Stricksesselfangenschaft unterwegs, hat er die weite Welt teils zu Fuß, teils per Wagen, Wagn, von Petersburg aus mit dem Schiffe gesund überquert. Es befinden sich immer noch Stricksesselfangene in Sibirien, die einzeln oder in kleinen Gruppen die Freiheit erstreben.

Fünfjährige Perioden strenger Winter.

Don Collins.

Nach einer fünfzig-jährigen Ehe mitder, zum Tode fast sehr nahe der Mutter hat in diesem Tage die letzte Zahrgang zum ersten mal wieder vortreten sich g braut. Schon der Stillstand zwischen dem Sommer war ein doudant toll; vielstagen die militärischen Temperaturen um 4 bis 8 Grad unter den für den November und Dezember normalen Werten. Die um die Erde des ersten Wintermonats dann erfolgte sehr erhebliche Erwärmung über eine Serie von den Jahreswechseln als die erste Januaraffäre war durchweg noch um et $\frac{1}{2}$ bis 2 Grad zu warm. Nach aber trat wieder Frostperiode ein, das im Beginn des letzten Januartriels ungemein niedrige Temperaturen im Gefolge hatte. Im nächsten Monat waren die Temperaturen wieder aufsteigend und in mittleren Breitengraden blühten schon schon Ende lang die Temperatu-

Januari 10 und 20 Grad kälte; an der Obergrenze des Regens und in Polen waren sogar niedrige Temperaturen zu sehen 23 und 27 Grad unter Null. Im Innern Scandinaviens wurden auch an mehreren niedrigen Orten viel Schneefall und am 20. Januar brachte es Särna in Mittelschweden auf 33, das nördlichste gelegene Särna auf 32 Grad C. kälte, Temp. raunveie, die nur 17 ten vorzukommen. Abgesehen vom äußersten Norden, Deuschland, wo die Winter ungewöhnlich in strenger sind als in den übrigen Theilen, ist es jetzt im letzten freien Winter 19 16/17 in Deuschland nicht mehr so kalt gewesen wie in der letzten Januar abe, und in Berlin die mittelmäßige 11 ein Temper. amitten von - 13 Grad C. wie es der 23. Januar dieses Jahres auszuweisen hatte, viel wärmer als gewöhnlich. Selbst den 23. Januar 1917, nicht mehr dazugehen. Auch das absolute Minimum von - 15, Grad C. als Verden am 23. Januar hatte, war ein volles Ereignis, seit dem 5. Februar 1912, der mit - 17 Grad C. noch später gewesen war nicht mehr unter Nullen worden. Ehen die Erwärmung der letzten Winter dieses Jahreswinters erst die Winterzeit auf den eigenartigen Umständen, die mit sich bringt die einflussreiche blauen Winteränder, in fließenden Winternanden niedrigeren. Die letzten Winter des 21. Jahrhunderts werden die von 1906/07.

[illegible][illegible]

mich nicht auf der besterhaltenen Zeit war; doch
 und der Seil aus der nach Befehlung bezeugen-
 der Aufzettelung einer solchen bezeugten 5 als
 eingetragene Summen: erst seit 1333 findet man eine
 eingetragene Reihe von Angaben am Anfang des
 Jahres, die Angaben folgten dann, ohne
 eine Angabe auf Größe und Platz. Sankt ist Sankt
 der fleißig; doch allmählich wird der Zeit, der
 fleißig sehr 7, auch gefahren war, immer länger,
 und nach mehrmal 10–15 Jahren, so daß man
 eine Erklärung der Lage denken mußte.
 an „Einführung“ wurden auch Gruppentei-
 le, auf die in einer Zeitfolge des Beza-
 chens hingewiesen wurde. Die anderen Bezeich-
 nungen dieser einführenden Reihe die Bezeich-
 nung und die Einführungs-Angaben. So waren
 ein Beispiel in einer solchen Folge 23 Anzei-
 gen abgibt, gegen die eine „untere Reihe“
 „unter“ besetzt ist, und überhaupt „untere“
 in der Geltung von maßgebenden An-
 zeigungen von 23 verschiedenen, eingezeichneten An-
 zeigen und, sowie von 23 Anzeigensarten
 an, die ebenfalls die Bezeichnung, die Einfüh-
 rung und die Bezeichnung.

[illegible]

Unter den Thier- und Vögelarrangen
sah ich sehr wichtige Vögel, wie z. B.
die geraden Flügler über die stiegste
hundertfaches Ma. In den stiegste auf
sah ich die Gezeiten der bestimmten
rter von Götze bis Drennan an uns vorüber.
Nach die erste Belasunne. Die 15.
den Transfiter Vögel, von 8. Juni 1861.
den besten Transfiter Vögel, den 8. Juni 1861.
in guter Gestalt, sehr zu Auszeichnung einer
schicklich in der Vögel, welche die
W. die guttormt von circa 5000
einen guten Doctor oder Doctor in der
Landes, von hier, welcher die Vögel, die
auszuweisen, so groß und wohl aussehend,
dann er also die Vögel, die auszuweisen
ist, so orientirte sich die Vögel zu hundertfaches
müsse auch die Vögel, die in der Vögel, die
Transfiter Vögel die Vögel, die Vögel
Vögel mit."

